

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### *Kommandierte Demokraten?*

Unter dem Motto „Ohrfeigen für den Bürger“ veröffentlicht *Der Volkswirt* (Nr. 1/1963) die folgende Betrachtung zum Thema „Staatsgesinnung“:

„Weihnachts- und Neujahrsbotschaften der politischen Prominenz leben von Stereotypen. Das war schon immer so und niemand nimmt es tragisch. Nun hat der *Bundeskanzler* eine neue Variante beigesteuert. Hätte sie ein Geringerer als er verwandt, sie hätte nicht aufhorchen lassen. Aber es war eben der *Bundeskanzler*, der Mann, der den politischen Stil dieses Landes maßgeblich prägte. Er sagte: ‚Die Einstellung unseres Volkes zu den öffentlichen Angelegenheiten ist nicht so, wie der Staat sie im Interesse aller braucht.‘ Der Regierungschef unserer parlamentarischen Demokratie

wirft weiter seinem Souverän, dem Volke, vor, es kritisiere ‚die in Bonn‘ despektierlich.

Man mag dem Kanzler zugute halten, daß er aus ehrlicher Sorge spricht. Sicher ist das so, aber das ist nur die eine Seite. Auf einem anderen Blatt steht die Frage, warum die Bürger so viele Zeichen bedenklicher Staatsverdrossenheit zeigen. Die Ursachen sind vielfältig. Im Hintergrund stehen soziologisch-psychologische Wandlungen. Aber es gibt auch eine andere Ursachenkette: Wer war es denn, der alles getan hat, um das Volk von jeder direkten Einflußnahme auf politische Entscheidungen fernzuhalten? Doch nicht das Volk selbst, sondern jene neu-alten Politiker, die sich von aller Mitschuld an der totalitären Vergangenheit selbst freisprachen, die ausgebliebene Revolution justifizierten und den kleinen Leuten zunächst nur Mißtrauen entgegenbrachten? Wer ist dafür verantwortlich, daß unbequeme politische Entscheidungen auf die Justiz abgewälzt werden, und wer läßt es zu, daß eben diese Justiz politischem Druck ausgesetzt bleibt?

Für all das ist nicht das Volk verantwortlich, sondern die politische Führung des Staates, insbesondere der Regierungschef: Sie selbst haben die politische Abstinenz der Bürger genährt. Wo blieben denn die Vorbilder an Uneigennützigkeit, an Aufrichtigkeit und Fairneß im politischen Alltag, wo blieb der saubere politische Stil, der allein im Volk positive Gefühle für Staat, Parlament und Regierung weckt? Hat ihn vielleicht die jüngste Regierungskrise gebracht? Was haben die verantwortlichen Politiker dieses Staates bisher getan, um den weitverbreiteten Eindruck zu korrigieren, Politik sei im Grunde doch ein suspektes Geschäft? Wenig, leider viel zu wenig. Hier hat die Staatsverdrossenheit eine ihrer wesentlichen Wurzeln. Das Volk steht abseits, seine Besten gehen nicht in die Politik, sondern Geschäften nach. Nichts gegen die Verdienste des Kanzlers und führender Politiker aus allen Lagern. Ihre politischen Bilanzen mögen trotz, allem aktiv sein. Und doch stünde es ihnen besser an, Gewissensforschung zu betreiben, statt die Bürger zu ohrfeigen.“

Sehr beachtenswert ist auch, was *Werner Spanehl* in seinem Leitartikel zur Jahreswende (*Deutsche Post*, Nr. 1/1963) zu diesem Thema zu sagen hat; er schreibt u. a.:

„Auch in seiner Weihnachtsansprache, die über alle Rundfunk- und Fernsehstationen der Bundesrepublik übertragen wurde, hat Dr. *Adenauer* einige bemerkenswerte Formulierungen gefunden. Jeder Bürger, so sagte er, müsse alles tun, damit das Ansehen seines Staates weder im Inland noch im Ausland Schaden leide. Das wären selbst dann beherzigenswerte Worte, wenn man des Bundeskanzlers merkwürdige Fragestunden-Kommentare noch im Ohr haben sollte. Aber die Sache mit dem Ansehen ist leider in Deutschland verschiedener Auslegungen fähig, wobei die beliebteste immer noch jene ist, nicht nach Gut und Böse, Falschem und Richtigem zu unterscheiden und darüber zu urteilen, sondern danach, ob es überhaupt tunlich sei, darüber zu reden, weil dies, wenn man es täte, eventuell dem Spitzbärtigen in Pankow nützen könnte. Die Kritiker werden ja recht häufig nicht dadurch zum Schweigen gebracht, daß man ihnen einen Gegenbeweis liefert. Viel wirkungsvoller ist es, sie einfach ‚vaterlandslose Gesellen‘ zu nennen, die das Ansehen unseres Staates in den Schmutz ziehen. Das wirkt, und so wird denn das, was der Bundeskanzler mit seiner Mahnung, wie wir hoffen, bezweckt haben mag, genau ins Gegenteil verkehrt. Wenn wir in diesem Stile weitermachen, dann werden wir wohl kommandierte Demokraten bleiben, deren Staatsbewußtsein noch immer den Stempel der Vergangenheit trägt.“

Ergänzend sei zitiert, was die Zeitschrift *Pläne* (Nr. 11/1962) knapp und treffend nach der Entlassung von *Franz Josef Strauß* schrieb:

„Strauß ist weg! Sollen wir uns beruhigen? Waren wir denn gegen Strauß, weil uns sein

Gesicht nicht' paßte? Wir sind gegen die Politik, für die Strauß stand: die Politik der atomaren Rüstung und der Notstandsgesetze, die Politik des tödlichen Risikos für Frieden und Demokratie. Ein Minister stürzte, der diese Politik hemdsärmelig betrieb. Gut. Jetzt dürfen wir nicht andere Minister hinnehmen, die dieselbe Politik wie Strauß mit weniger Ungeschicklichkeiten' fortsetzen. Aus dem Wechsel der Politiker muß ein Wechsel der Politik werden — eine Wende hin zur Demokratie.“

### *Sorge um Rundfunk und Presse*

Die österreichische Monatsschrift *Forum* (Heft 109, Januar 1963) veröffentlicht einen Aufsatz von *Franz Olah*, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes; wir geben hier die wichtigsten Absätze dieser auf Österreich bezogenen, aber durchaus allgemeingültigen Betrachtungen wieder:

„Jene Gesellschaftsgruppe, deren Schicksal sich mit dem der Kultur in diesem Land verknüpft, ist zahlenmäßig nicht sehr stark. Aber darauf kommt es nicht immer an. Selbstverständlich zählt in der Demokratie die Stimme jedes Bürgers gleichermaßen. Aber man sollte doch, wo es um andere Dinge geht als um politische Entscheidungen im engeren Wortsinn, nicht nur zählen, sondern auch wägen.

Und wenn man dies tut, dann muß man sagen, daß der Kultur und ihren Trägern vielleicht doch größere Bedeutung in unserem gesellschaftlichen und staatlichen Leben zukommt oder zukommen sollte, als es durch die — für die Politik so interessante — Frage ‚Wieviel sind denn das?‘ ausgedrückt werden kann.

Nicht nur der traditionellen Kultursphäre ist solche besondere, die Kopffzahl der dort Tätigen hinter sich lassende Bedeutung einzuräumen, sondern insbesondere auch dem *Rundfunk*, dem *Fernsehen* und der *Presse*.

Dem Fernsehen kommt eine derartige Schlüsselrolle in unserem Land erst seit wenigen Jahren zu; dem Rundfunk schon seit Jahrzehnten; der Presse, und damit den Journalisten, seit noch viel längerer Zeit. Mit ihnen — wie mit manchen andern — haben wir manchmal unser G'frett; ich meine damit: nicht nur dann, wenn sie einen Lohnkonflikt haben, sondern auch sonst.

Aber darüber hinaus ist uns doch klar, daß es sich hier um Menschen handelt, die in Staat und Gesellschaft wesentliche Aufgaben zu erfüllen haben, mit hoher Verantwortung belastet sind und daher über besondere Qualifikationen verfügen müssen. Infolgedessen hat diese Gesellschaftsgruppe auch ein Anrecht darauf, daß ihre Meinung zu den Fragen des eigenen Standes — also zu den Problemen des Rundfunks, des Fernsehens und der Presse — gebührend beachtet wird. Die in Rundfunk, Fernsehen und Presse Tätigen haben desgleichen ein Anrecht auf jene Aufmerksamkeit, die ihre allgemeinen

Interessen verdienen, sowie auf Berücksichtigung dessen, was sie für ihre besondere soziale und wirtschaftliche Lage als notwendige Voraussetzungen betrachten.

Ich habe mit dieser Gruppe und ihren Problemen in den letzten Jahren häufig zu tun gehabt, und es waren nicht immer die allerangenehmsten Dinge. Aber man kommt eben für gewöhnlich zum Präsidenten des ÖGB nicht mit angenehmen, sondern mit unangenehmen Dingen. Ich glaube, daß er dafür da ist.

Der ÖGB wurde nicht nur geschaffen, damit dort die großen Gruppen ihre Kraft und Fähigkeit zur Mitentscheidung noch vervielfachen, sondern vor allem dazu, um den zahlenmäßig kleineren Gruppen Beistand zu bieten, wenn sie solchen brauchen. Daher halte ich es für selbstverständlich, wenn man sich in dieser Hinsicht an mich wendet. Für die in Rundfunk, Fernsehen und Presse Tätigen gilt wie für alle andern gewerkschaftlichen Gruppen: wenn sie Rat, Unterstützung, Hilfe wünschen — aufdrängen werden wir ihnen dies nie —, so können sie dies haben.

Wir wissen, was es bedeutet, daß sich diese Gruppe nicht mit der Produktion oder Verteilung von normalen Gütern befaßt, sondern für ihre Mitbürger auf andere, besondere Art arbeitet. Wir wissen, daß sie trotz ihrer kleinen Zahl eine große Aufgabe im Dienste der gesamten Gesellschaft erfüllt.

Ich glaube, daß die Bedeutung von Rundfunk und Fernsehen in Zukunft noch wachsen wird, hoffentlich auch die Bedeutung der Presse. Und ich möchte nun ganz offen sagen, daß mit dieser wachsenden Bedeutung für unsere Gesellschaft auch einige Gefahren verbunden sind.

Es wird soviel davon geredet, daß die Freiheiten des Menschen und des Bürgers bedroht sind und daß der Untergang des Individuums im staatlich gelenkten Kollektiv verhindert werden muß. Gewiß verdient dies alle unsere Aufmerksamkeit. Ich möchte hinzufügen — was für manchen nicht sehr angenehm klingen wird —, daß solche Aufmerksamkeit gerade mit Bezug auf Rundfunk und Fernsehen notwendig ist und daß von der Bedrohung der Freiheit durch staatliche Lenkung gerade dieser Institutionen zu reden sein wird.

Eine Resolution der Sektion Journalisten im ÖGB hat mit Recht auf die nachdrückliche Warnung der Internationalen Journalisten-Föderation hingewiesen, daß, wenn Rundfunk und Fernsehen einem Staatsmonopol unterliegen, die dort beschäftigten Dienstnehmer Druckmitteln ausgesetzt sein könnten, die ihnen eine normale freie Berufsausübung unmöglich machen. Die Internationale Journalisten-Föderation erklärt, daß die freie und unbehinderte Einholung und Verbreitung von Informationen ein Grundrecht nicht nur der Journalisten, sondern der Staatsbürger ist.

Darüber hinaus wird es für Rundfunk und Fernsehen in Zukunft von großer Bedeutung

sein, daß nicht nur die Stimme derer zur Geltung kommt, die diese Einrichtungen verwalten, sondern auch derer, die dort arbeiten.

Wenn Rundfunk und Fernsehen echt demokratische Institutionen sein sollen, so steht den dort Beschäftigten auf diesem Feld der Mitbestimmung eine große Aufgabe bevor.

Wir wollen nicht, daß aus Rundfunk und Fernsehen staatliche Lenkungsinstrumente werden. Diese Einrichtungen sollen vielmehr die demokratische Meinungsbildung nicht durch mangelhafte und einseitige Informationen behindern, sondern sie durch umfassende, objektive und nach allen Seiten faire Berichterstattung unterstützen.

Rundfunk und Fernsehen als Instrumente der lebendigen Demokratie müssen durch ihre Informationen dem Staatsbürger einen sachlichen Überblick über die Interessengegensätze sowie die daraus entspringenden Auseinandersetzungen bieten, die es in jeder Gesellschaft und Gemeinschaft gibt und die in demokratischen Gesellschaften und Gemeinschaften auch offen und öffentlich ausgetragen werden sollen. Dies — und dementsprechend auch die Information durch Rundfunk und Fernsehen — muß auf eine Weise geschehen, welche dem allgemeinen Wohl nicht nur keinen Schaden zufügt, sondern es durch Beachtung der demokratischen Spielregeln fördert

Ein Gleiches gilt für die Presse. Die Nachrichtengebung durch Rundfunk und Fernsehen ist nicht ausreichend und kann es nicht sein.

Die Besserung des österreichischen Zeitungswesens ist daher eine Aufgabe von hoher staatspolitischer Bedeutung, an welcher auch die gewerkschaftlich organisierten Journalisten — also deren überwiegende Mehrzahl — im Sinn des allgemeinen Prinzips der Mitbestimmung berechtigtes Interesse nehmen. In den letzten zwei Jahren hat sich die diesbezügliche Diskussion auf die Frage eines neuen Presserechtes sowie die damit zusammenhängende Errichtung eines Presserates konzentriert. Es geht dabei um das begrüßenswerte Ziel, die Rechte und Pflichten der Presse im demokratischen Staat sowohl gesetzlich wie durch Selbstkontrolle neu zu umgrenzen.

Formal haben wir die Pressefreiheit garantiert, und sie wird auch in der Praxis nicht angetastet. Aber ich bin der Meinung, daß wir auf diesem Gebiet den rechtlichen Zustand überprüfen müssen, um zu einer Ordnung zu gelangen, die der heutigen Zeit angepaßt ist. Die Wandlung unserer Gesellschaft ist derart rapide, daß wir im Presserecht mit gesetzlichen Grundlagen, die vor vier Jahrzehnten geschaffen wurden (manche derartigen Grundlagen sind noch wesentlich älter), nicht mehr auskommen können.

Die Tendenz dieser notwendigen rechtlichen Neuordnung müßte vor allem dahin gehen, neben die negative Definition der Pressefrei-

beit (eine Zensur findet nicht statt) die positive zu setzen.

Wir müssen die Grundlagen unseres Pressewesens überprüfen, und wir müssen neue Regelungen und Lösungen finden, ohne daß jede dieser Fragen unbedingt zu einem Zankapfel der enger umgrenzten Parteipolitik wird.

Die Freiheit des Journalisten, seine Unantastbarkeit sowie alles übrige, was zur Pressefreiheit gehört, sind Kriterien für den Zustand der Demokratie und der demokratischen Gesetzgebung. Ich glaube, daß wir die Diskussion wie auch die Verhandlungen darüber neu aufnehmen müssen — und diesmal nicht nur über die Frage eines neuen Presserechtes, sondern auch über andre mit diesem Thema zusammenhängende Fragen.

Hierbei ist es freilich eine wesentliche Erschwerung, daß ein Teil derer, die zur Entscheidung über diese Fragen berufen sind, gar nicht wagt, seine wahre Meinung zu sagen. Niemand will sich's mit denen verderben, die am Instrument der Meinungsbildung mitwirken. Jeder will eine möglichst gute Presse haben.

Demgegenüber glaube ich, daß Aufrichtigkeit zur Demokratie gehört und daß man sich dafür nicht zu genieren braucht. Ich halte nichts von einer Popularität, die auf der Spekulation beruht, daß man möglichst keine eigene Meinung haben soll.

Der Kampf der Arbeiterbewegung ist immer auch um die Teilnahme an den kulturellen Gütern gegangen. Und ich glaube, daß, was heute auf diesem Gebiet geschieht, immer noch viel zu wenig ist; es beschränkt sich auf einen relativ kleinen Kreis der Bevölkerung. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein — das ist ein Satz, der auf alle Menschen Anwendung finden muß. Die Gewerkschaften sind nicht nur materielle Zweckverbände, sondern sie haben auch auf diesem Feld Interessen zu vertreten, welche freilich in den vergangenen Jahren gegenüber den materiellen Sorgen mehr oder minder im Hintergrund geblieben sind. Ich glaube, daß wir uns jetzt erneut darauf besinnen müssen.

Viele — nicht nur Außenstehende, auch Gewerkschaftsmitglieder — halten heute noch die Gewerkschaften für Automaten, die dazu da sind, über Kollektivverträge zu verhandeln und sonstige materielle Verbesserungen durchzusetzen. In der heutigen Zeit haben jedoch die Gewerkschaften, da sie Mitsprache und Mitentscheidung im gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben mit Recht verlangen, auch im kulturellen Leben große Aufgaben, ja Pflichten.“

Diese Betrachtungen des Präsidenten des ÖGB basieren auf einem Referat, das er vor dem Gewerkschaftstag der österreichischen Gewerkschaft Kunst und Freie Berufe gehalten hat. *Ludwig Rosenberg*, der Vorsitzende des DGB, stellte ähnliche Überlegungen auf dem Delegiertentag der Rundfunk- und Fernseh-

Union in München (22. 11. 1962) an. *Die Feder*, die Monatszeitschrift der Deutschen Journalisten-Union, hat Rosenbergs bemerkenswerte Rede im Januarheft 1963 in extenso veröffentlicht; wir müssen uns hier — aus Raumgründen — darauf beschränken, einige besonders wichtige Absätze zu zitieren:

„Die Bedeutung von Rundfunk und Fernsehen in der modernen Gesellschaft ist uns allen heute mehr denn je bewußt geworden. Die Aufgabe des Rundfunks und Fernsehens als wichtigste Mitte! der Information, der Aufklärung, der Meinungsbildung und der Kritik nimmt in der modernen Demokratie einen immer bedeutenderen Raum ein. Was es bedeutet, wenn dieses Instrument einseitig parteipolitischen oder Interessentengruppen ausgeliefert würde, haben wir erfahren und erleben wir täglich in jenen Ländern, in denen es freie und unabhängige Rundfunk- und Fernsehanstalten nicht gibt. Wo die Unabhängigkeit des Rundfunks“ und Fernsehens nicht mehr gesichert ist, ist die Demokratie mehr als ernsthaft gefährdet — der erste Schritt zu ihrer Vernichtung ist getan.

Sie wissen, daß Sie in den Gewerkschaften leidenschaftliche Vertreter dieser Unabhängigkeit Ihrer Arbeit haben. Sie wissen auch, daß wir nur allzuoft nicht gerade glücklich sind über manche Kommentare, manche Kritik und manche Reportagen, die wir im Rundfunk und Fernsehen über uns ergehen lassen müssen. Sie wissen, daß wir trotzdem nicht die Intendanten und alle möglichen und unmöglichen Instanzen berennen, um zu versuchen, diesen uns nicht wohlgesinnten Kommentator auf irgendeine Art aus seiner Position zu verdrängen. Das tun andere mehr als reichlich in Fällen, in denen ihnen einmal etwas nicht paßt. Wir nehmen lieber einmal — wenn's geht, nicht allzuoft — sogar eine unfaire Kritik in Kauf, anstatt die Kritik überhaupt unmöglich machen zu wollen. Nur dürfen wir hoffen, daß die Objektivität insgesamt nicht Schaden leidet.

Es ist eine wirklich staatspolitische Aufgabe, die Sie zu erfüllen haben. Durch Ihr Tun und Ihr Unterlassen geben Sie direkt und indirekt den Stil der Auseinandersetzungen an, die in einer Demokratie die Grundlage der Meinungsbildung und der politischen Entscheidungen sind. Von diesem Stil hängt es ab, ob in der Menge der Millionen Zuhörer Vertrauen in die demokratischen Spielregeln, in Fairneß und politischen Anstand, in sachliche und saubere Diskussion und damit in die Demokratie überhaupt gesetzt werden.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben in furchtbarer Weise dargetan, welches Unglück es für die Demokratie und damit für das Volk bedeuten würde, wenn die Vorstellungen jener verwirklicht werden könnten, die da glauben, daß Rundfunk und Fernsehen Instrumente der Regierungspolitik und nicht unabhängige Institutionen sein sollen. Indem betrüblichen Durcheinander von Halbwahrheiten und beschämen-



dem Versteckspiel haben sich Rundfunk und Fernsehen als Tribüne der Fairneß, der politischen Sauberkeit und des demokratischen Gewissens bewähren können, wie es unter anderen Umständen ganz sicher nicht möglich gewesen wäre. Rundfunk und Fernsehen haben gerade in dieser Zeit bewiesen, daß sie nicht nur ihre Aufgabe als Sprecher der sachlichen Kritik, sondern vor allem ihre Aufgabe als Stütze demokratischen Stils erfüllten und so einen Beweis erbracht, daß sie bereit und fähig sind, ihre unparteiische Stellung sowohl in der Sache als auch in der Form in einer mehr als schwierigen und für uns alle höchst peinlichen Situation mit Würde und Haltung zu vertreten.“

In einem sehr lesenswerten Aufsatz äußert sich der bekannte Presserechter *Ernst Metzler* zum Thema „Regierung und Presse“. Wir müssen uns darauf beschränken, einige wenige Sätze aus dieser Arbeit, die in Nr. 1/1963 von *Zeitungs-Verlag und Zeitschriften-Verlag* (ZV und ZV) erschienen ist, zu zitieren:

„Unser Grundgesetz hat das Grundrecht der Pressefreiheit nicht postuliert, um den in der Presse Tätigen einen Sonderschutz einzuräumen, sondern um der Allgemeinheit willen. Das heißt, daß die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, durch eine freie, vom Staat unabhängige Presse unterrichtet zu werden .. Betrachtet man unter diesen Gesichtspunkten das Verhältnis Regierung — Presse, dann kann es niemanden verwundern, wenn zwischen diesen beiden Institutionen ein dauerndes Spannungsverhältnis besteht und bestehen muß. . . Nichts wäre schlimmer als eine regierungsfromme Presse, die, wie gehabt, nur nachplappert, was die Mächtigen im Staat ihr vorsagen. Eine gesunde Demokratie braucht eine gesunde kritische Presse, das eine ist ohne das andere nicht denkbar ..“

Selbstverständlich hat die Presse nicht immer recht und die Behörden unrecht . . . Auch wenn ein Beschluß, ein Gesetzgebungsakt oder eine Anordnung nicht die Zustimmung der Presse findet, sind die Kritiker noch lange nicht böse Buben oder vaterlandslose Gesellen, denen man mit der Hilfe von Gesetzen, Nachrichtensperren, Ausschluß von der Teilnahme an Ratssitzungen etc. den Mund schließen muß . . .

Die Presse sieht dem Jahr 1963 mit gemischten Gefühlen entgegen. Sie wird gut daran tun, weiterhin auf der Hut zu bleiben, um ihre von der Verfassung garantierte Freiheit zu behaupten.“

#### *Hinweise*

*Archiv für Kommunalwissenschaften* heißt eine seit 1962 in zwei Halbjahresbänden von je rund 140 S. erscheinende Zeitschrift (W. Kohlhammer Verlag Stuttgart), die Abhandlungen zu Problemen der Kommunalwissenschaften, des Städtebaus, der Selbstverwaltung, der Gemeindevermögensordnung usw. sowie Besprechungen der einschlägigen Neuerscheinungen.

*Das Mitbestimmungsgespräch* veröffentlicht in einem stattlichen Doppelheft (11/12, 1962) die Vorträge, die Ludwig Rosenberg, Otto Brenner und Dr. Otto Blume am 5. 12. 1962 auf der öffentlichen Veranstaltung der Hans-Böckler-Gesellschaft über „Zehn Jahre Betriebsverfassungsgesetz“ (vgl. den Bericht von Annemarie Zimmermann in GM Heft 1/1963, S. 50 ff.) gehalten haben. Ferner liefert Elfriede Kuhlmeier wichtiges Zahlenmaterial über Institution und Tätigkeit des Betriebsrates, Gesamtbetriebsrates und Wirtschaftsrates, Dr. Alfred Christmann behandelt das Thema „Der Betriebsrat im Ordnungsgefüge des Betriebes“, Dr. Wolfgang Spieker schreibt über „Tarifautonomie und Mitbestimmung“; weitere bedeutsame Beiträge stammen von Karl Heinz Sohn, Wilfried Geißler, Dr. Achim von Winterfeld, Walter Bitzer u. a. Dazu hat die Redaktion ein reiches Material an Pressestimmen, Literaturhinweisen usw. zusammengestellt, so daß diese Sondernummer ein sehr gründliches Studium verdient.

*DAG-Hefte für Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik* heißt eine von Rolf Späthen herausgegebene, von Erich v. Seile redigierte Zeitschrift, die seit 1962 vierteljährlich erscheint (Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 36). Aus dem Inhalt der Hefte 3 und 4 des 1. Jahrgangs: „Reise nach Deutschland“ (Ilse Elsner, MdB), „Marktwirtschaft ohne Reue?“ (Horst M. Damköhler), „Studenten zwischen Plan und Wirklichkeit“ (Günter Geschke), „Ein Schritt zur Einheitsversicherung“ (Hans Katzbach), „Betriebswirtschaftliche Fragen der Aktienrechtsreform“ (Erich Potthoff), „Haben Sie Anstoß genommen?“ (Generalstaatsanwalt Ernst Buchholz), „Die Gewerkschaftspresse“ (Horst Dammach).

*Evangelischer Digest* widmet sein Heft 1/1963 zwei wichtigen Themen: Aktion Sühnezeichen und Die deutsch-französischen Beziehungen; zu beiden Themen bringt das Heft sehr interessante Texte.

*Die Zukunft*, Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur (Wien, Rechte Wienzeile 97) erscheint seit Beginn dieses Jahres halbmonatlich (bisher monatlich). Aus Heft 1/1963: Diskussion über die Frage „Mehr direkte Demokratie?“ ferner „Das neue Frankreich“ (Jules Klanfer), „Ohne sozialistische Grundsätze geht es nicht“ (Josef Hindels), „Gemischte Wirtschaft und Planwirtschaft“ (Rainer Gebauer).

*Die neue Gesellschaft* bringt in Heft 1/1963 u. a. folgende Beiträge: „Zur Reform des parlamentarischen Untersuchungsrechts“ (Uwe Kessler), „Zukunftsaspekte der Demokratisierung“ (Dr. Hans Tietgens), „Die Tugend braucht Auf gaben“ (Dr. Ulrich Beer), „Der DGB und seine Gewerkschaften“ (Otto Brenner), „Polen 1962 — Eindrücke einer Reise“ (Dr. Hans J. Haferkorn). W.F.